

Handelsblatt print: Nr. 026 vom 08.02.2021 Seite 006 / Politik

LOCKDOWN

## Suche nach der Öffnungsstrategie

**Bund und Länder beraten diese Woche über die Corona-Lage. Der Druck wächst, den Lockdown abzuschwächen. Die Wirtschaft wünscht sich Planungssicherheit.**

D. Delhaes, B. Gillmann, M. Greive, J. Hildebrand, D. Neuerer, G. Waschinski Berlin

In München, vor einigen Wochen noch Corona-Hotspot mit Inzidenzen jenseits der 200er-Grenze, sank vergangene Woche die von der Politik viel beachtete Kennzahl für Neuinfektionen unter 50. Sogleich mahnte der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger an, nun über eine Lockerung des Lockdowns zu reden. Dies allerdings lehnte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) umgehend ab.

Wie in München ist es in vielen Orten der Republik: Die Sieben-Tages-Inzidenz, die angibt, wie viele Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in den letzten sieben Tagen registriert wurden, sinkt. Und der Druck auf die Politik wächst. Wirtschaftsverbände verlangen Lockerungen, die Umfragewerte der Regierenden sinken.

Das spürt auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die sich deshalb in TV-Interviews und digitalen Bürgerrunden müht, trotz des Impfchaos im Land und der sinkenden Infektionsraten für Verständnis zu werben, dass die Beschränkungen so schnell nicht gelockert werden können. So zumindest sieht sie es. Die Frage ist: Sehen es die Ministerpräsidenten auch so?

An diesem Mittwoch entscheidet eine neuerliche Bund-Länder-Runde darüber. Der Lockdown dürfte um zwei Wochen verlängert werden, so viel zeichnet sich ab. Die offene Frage aber ist: Wann wird was gelockert? Beim letzten Treffen im Januar hatten sich die Regierungschefs auf Bildung einer Arbeitsgruppe verständigt, die eine "Öffnungsstrategie" erarbeiten sollte. Seither beraten Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) und die Chefs der Staatskanzleien der Länder Berlin und Bayern, die den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz innehaben. Zudem ist Wolfgang Schmidt dabei, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Vertrauter von Vizekanzler Olaf Scholz (SPD).

Parallel zur Viererrunde schalten sich die Staatskanzleichefs der Bundesländer zusammen, getrennt nach SPD- und unionsregierten Ländern und speisen ihre Positionen bei Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD-Länder) und Bayerns Ministerpräsidenten Söder (unionsregierte Länder) ein. Dann soll die Viererrunde auf Chefebene zusammenkommen: Merkel, Scholz, Söder und Müller. An diesem Montag, spätestens am Dienstag, legt sie eine Beschlussvorlage vor, über die dann zunächst die Ministerpräsidenten je nach parteipolitischer Couleur untereinander und dann eventuell noch mal gemeinsam am Mittwoch vor dem Treffen mit der Kanzlerin beraten. "Wir befinden uns in einer Art permanenter Feedback-Schleife", sagt ein Beteiligter - und räumt ein, wie schwer es sei, eine Öffnungsstrategie zu entwerfen.

/// Große Erwartungen der Wirtschaft // .

Alle wissen, wie groß die Erwartungen sind, auch und gerade aus der Wirtschaft. Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Hildegard Müller, fordert, die Autohäuser und damit den "zentralen Absatzkanal" wieder zu öffnen. "Die Aufhebung dieser Verordnung und damit die Wiedereröffnung des Autohandels ab dem 15. Februar wäre aus unserer Sicht ein wichtiger und notwendiger Schritt", sagte Müller dem Handelsblatt. "Die aktuelle Situation bedroht nicht nur Autohäuser selbst, sondern die Folgeeffekte wirken sich über die Lieferketten auf Hersteller und Zulieferer aus - mit täglich wachsenden Konsequenzen für die Produktion", warnte sie. Im Frühjahr seien die "absatzstärksten und somit wichtigsten Monate des Jahres". Sie verwies darauf, dass "höchste Standards" bei den Infektionsschutzkonzepten für Kunden und Mitarbeiter eingehalten würden.

Ähnlich argumentiert das Gaststättengewerbe. "Die Gastronomie hat in ausgefeilte Hygiene- und Schutzkonzepte sowie leistungsfähige Luftreinigungssysteme investiert", sagte Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des Branchenverbands Dehoga, dem Handelsblatt. Sie fordert "mit Blick auf sinkende Infektionszahlen und das immer breiter werdende Impfangebot neben den zugesagten und dringend benötigten finanziellen Hilfen deshalb auch einen Fahrplan für die Wiedereröffnung der Gastronomie". Hartges: "Unsere Branche braucht Planungssicherheit und Perspektiven." Das sehen viele Branchen so. "Ohne klare Öffnungsperspektive droht vielen Unternehmen jetzt das Ende. Denn die Reserven sind verbraucht, die Hilfgelder fließen nur schleppend, und die Motivation ist am Boden", so der Hauptgeschäftsführer des Mittelstandverbands ZGV, Ludwig Veltmann. "Mit dem Festhalten an der bisherigen Lockdown-Politik steht vieles für unsere Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Spiel."

Der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Thomas Bareiß (CDU), fordert einen klar vorgezeichneten Weg zurück in die Normalität. "Wichtig sind jetzt nachvollziehbare Kriterien, ab wann und vor allem auch wie geöffnet werden kann", sagte der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium dem Handelsblatt. Die Infektionslage "im letzten Viertel der Pandemie" sei allerdings noch schwierig. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) mahnte am Wochenende: "Wir dürfen uns nicht öffentlich mit Lockerungs-Fahrplänen überbieten." Die Zahl der Neuinfektionen sei derzeit kaum niedriger als zu Beginn der ersten Lockdown-Stufe Ende Oktober, sagte Altmaier der "Bild am Sonntag". Breitere Öffnungen der Gastronomie kann sich der Minister erst Mitte März vorstellen: "Ich hoffe sehr, dass wir spätestens zum Frühlinganfang, spätestens an Ostern, wenn die Sonne scheint und man draußen sitzen und speisen kann, die Pandemiewelle endgültig

gebrochen haben und Öffnungen möglich sind." Altmaier zeigte sich aber offen für Lockerungen in Bundesländern mit niedrigen Fallzahlen: "Ich begrüße Konzepte aus den Ländern zu regionalen Lösungen. Wir sollten stärker differenziert vorgehen."

/// Stufenpläne im Gespräch // .

Die Politik, so sieht man das in der Vierer-Verhandlungsgruppe, steht vor nahezu unauflösbaren Zielkonflikten: Lockert sie gar nicht und gibt den Bürgern kein Ventil, geht die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung völlig verloren, und niemand hält sich mehr an die Regeln. Lockert sie zu stark, führe dies zu dem Missverständnis, dass jetzt alles überstanden sei und gefährdete Gruppen überdies auch noch aus der Lebensgefahr "rausgeimpft" worden seien. Der Virologe Christian Drosten hat Kanzlerin Merkel klar zu verstehen gegeben, dass dies ein schwerer Fehler wäre. Dann wären die Intensivstationen schon bald voll mit 30- bis 60-Jährigen, glaubt er. Und über allem schwebt noch die Sorge vor den Virusmutationen. "Die Situation ist noch lange nicht unter Kontrolle", warnt Lothar Wieler, Chef des Robert Koch-Instituts (RKI). Der Anteil der erstmals in Großbritannien nachgewiesenen Variante B.1.1.7 an den Gesamteinfektionen liege nun bei knapp sechs Prozent.

In den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zeichnet sich zumindest eine Richtung ab: "Es wird ein Stufenplan mit verschiedenen Kriterien sein, bei der neben der Inzidenzzahl die Belastung des Gesundheitswesens und mittelfristig auch die Impfrate eine Rolle spielen sollte", sagte der Chef der Staatskanzlei in Sachsen-Anhalt, Rainer Robra, dem Handelsblatt. "In dieser Haltung hat mich auch der Ethikrat bestärkt. Je mehr Ältere und Kranke geimpft sind, desto mehr verliert die Inzidenz an Bedeutung. Die Dynamik der Entwicklung wird aber weiter bedeutend bleiben." Robra vergleicht die Situation mit einer medizinischen Behandlung: "Am Anfang müssen Sie mit einem Hammer therapieren, danach setzen Sie die Medikamente langsam wieder ab. So werden wir es auch mit den Lockerungen halten." Wie viele andere Bundesländer auch will Sachsen-Anhalt zunächst die Schulen und Kitas öffnen.

Eine bundesweit einheitliche Stufenregelung werde es am Mittwoch aber wohl nicht geben, lautet die Einschätzung in der Vierer-Runde. Der Grund: In den Ländern ist die Infektionslage höchst unterschiedlich. Während in Thüringen das Infektionsgeschehen weiter hoch ist, ist es in Mecklenburg-Vorpommern verhältnismäßig gering. Die Stufenregelungen werden daher wohl auf Landes- oder gar Landkreisebene erfolgen.

Während die meisten Länder ihre Vorschläge intern in die Verhandlungen einspeisen, haben Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Öffentlichkeit gesucht und ihre Verhandlungsposition in ihren Kabinetten beschlossen. Der Plan aus Schleswig-Holstein sieht unter einem Wert von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in den letzten sieben Tagen erste Lockerungen der Kontaktbeschränkungen vor. Auch die Betreuung in den Kitas und der Schulunterricht für die Jahrgänge eins bis sechs sollen hochgefahren werden. Weitere Öffnungsschritte wären dann unter den Inzidenzwerten 50 und 35 möglich. Der Plan bietet eine Perspektive für Einzelhandel und Gastronomie, die unter Auflagen wie Maskenpflicht, Hygienekonzepten und Kundenbegrenzung wieder öffnen dürften. Schulen würden zunehmend zum Regelunterricht zurückkehren, Mannschaftssport wäre wieder erlaubt, Schwimmbäder würden für Besucher geöffnet.

Niedersachsen geht bei seinem in sechs Stufen unterteilten Lockerungsplan ähnlich vor. Allerdings wird dort neben dem Inzidenzwert auch stärker auf die Reproduktionszahl R abgestellt, die angibt, wie viele Menschen ein Infizierter im Durchschnitt ansteckt. Als "goldener Mittelweg" wird dabei ein Kurs gesehen, der den R-Faktor bei 0,8 hält. Ein Wert über eins bedeutet, dass rechnerisch jeder Infizierte mehr als eine weitere Person ansteckt und sich das Virus zu schnell ausbreitet. Dauerhaft scharfe Maßnahmen bei einem R-Wert von unter 0,5 "führen in jedem Fall zu höheren wirtschaftlichen Kosten, aber kaum zu weniger Opfern", heißt es im Niedersachsen-Plan. Hessen zeigt sich wenig kompromissbereit. "Wir sind mitten in einem Tunnel und sehen am Ende Licht. Aber der Weg ist noch sehr weit, und es werden viele kleine Schritte dorthin sein", sagt der Chef der hessischen Staatskanzlei, Axel Wintermeyer. "Die Inzidenzzahlen sinken, aber angesichts der Virusmutation ist höchste Vorsicht geboten." Zu den kleinen Schritten zählt er, "dass Geschäfte wie Autohäuser mit Hygienekonzepten und Terminvergaben nach dem Prinzip Click & Meet bedingt wieder öffnen können".

/// Die Frage der Schulen // .

"Wenn es das Infektionsgeschehen erlaubt, sollten insbesondere die Grundschüler schnell wieder zur Schule gehen können", sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und brandenburgische Bildungsministerin Britta Ernst (SPD). "Aber uns alle treibt natürlich die Sorge über die Mutationen um." Entsprechend soll bei der Öffnungsstrategie auch eine Rolle spielen, wie schnell sich Infektionen verbreiten, wie der Magdeburger Kultusminister Robra erklärt. Bremen hat bereits am Mittwoch vergangener Woche wieder den Wechselunterricht in Halbgruppen zugelassen. Zwar ist die Präsenzpflicht wie überall in der Republik noch bis zum 14. Februar ausgesetzt, doch nutzen viele Eltern das Angebot: Zwei Drittel der Grundschüler lernen in der Schule, in den weiterführenden Schulen sind es 40 Prozent.

Anfang des Jahres war auch Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) noch fest entschlossen, die Grundschulen wieder zu öffnen. Nachdem aber in Freiburg eine Corona-Mutation aufgetaucht war, sollen die Schulen erst am 21. statt wie ursprünglich geplant am 1. Februar öffnen. Rheinland-Pfalz hat den Start des Wechselunterrichts ebenfalls verschoben. Der Chef der hessischen Staatskanzlei, Wintermeyer, sieht "die Möglichkeit, übernächste Woche mit Lockerungen bei Kitas und Grundschulen zu beginnen". Und Saarlands Kultusministerin Christine Streichert-Clivot (SPD) hält "Öffnungsschritte insbesondere in den Grundschulen nicht nur für vertretbar, sondern auch für geboten", wie sie dem Handelsblatt sagte. Termine nannte sie nicht.

In Sachsen, das mit hohen Infektionszahlen kämpft, dürfen ab diesem Montag zumindest alle Schüler der Abschlussklassen wieder zur Schule gehen. Weitere Schüler sollen ab 15. Februar wieder Präsenzunterricht haben. Thüringen, wo die Inzidenz

ähnlich hoch ist wie in Sachsen, hat den Schul-Lockdown bis 19. Februar verlängert. Alle anderen Länder haben noch keine konkreten Pläne und warten die Beschlüsse am Mittwoch ab.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir dürfen uns nicht öffentlich mit Lockerungs-Fahrplänen überbieten.

Peter Altmaier

Bundeswirtschaftsminister

Die aktuelle Situation bedroht nicht nur Autohäuser selbst, sondern die Folgeeffekte wirken sich über die Lieferketten auf Hersteller und Zulieferer aus.

Hildegard Müller

VDA-Präsidentin

*Delhaes, D.*

*Gillmann, B.*

*Greive, M.*

*Hildebrand, J.*

*Neuerer, D.*

*Waschinski, G.*

**Quelle:** Handelsblatt print: Nr. 026 vom 08.02.2021 Seite 006

**Ressort:** Politik

**Dokumentnummer:** 51C47D7C-FE78-44C4-8997-1C26DDDBCE71

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://archiv.handelsblatt.com/document/HB\\_51C47D7C-FE78-44C4-8997-1C26DDDBCE71%7CHBPM\\_51C47D7C-FE78-44C](https://archiv.handelsblatt.com/document/HB_51C47D7C-FE78-44C4-8997-1C26DDDBCE71%7CHBPM_51C47D7C-FE78-44C)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. - Zum Erwerb weitergehender Rechte:

[nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH